



Bürger*innenbrief

16. April 2026

Abgeordnete der Fraktion
in der Hamburgischen
Bürgerschaft

Die Linke

Heraus zum 1. Mai! +++ NEIN zu Olympia! +++ Olympiareife Bruchlandung +++ Homerisches Gelächter in Etappen +++ Hamburg-Takt +++ Atomkraft rollt weiter +++ Aktionscamp gegen Obdachlosigkeit +++ 8. Mai als Tag der Befreiung +++ Inge Stolten im Stadtbild +++ Kunst und Kampf gegen das Vergessen

Barrierefreiheit in der Privatwirtschaft?
Fehlannonce!

Die SPD deckt ein Gesetz, das Diskriminierung von Menschen mit Behinderungen legalisiert.

KUNDGEBUNG
16. April 2026 | 15 - 17 Uhr
SPD Parteizentrale Hamburg
Kurt-Schumacher-Allee 10

Unterstützt von
SIT SKATE
70
Die Linke
LAD Inklusion Hamburg
1.234.567 890 10111 Hamburg

Protest gegen ein an diesem Tag im Bundestag diskutiertes, völlig unzureichendes Behindertengleichstellungsgesetz, BGG (Quelle) - mehr beim Termin 5. Mai weiter unten.

ERNEUERBARE ENERGIEN VERTEIDIGEN!

DEMO SAMSTAG 18. APRIL 12 UHR HAMBURG JUNGFERNSTIEG

Bündnis-Demos am 18. April in Berlin, München, Köln und Hamburg (Quelle)

Liebe Leserinnen und Leser,

manchmal stellen wir uns die Frage, für wie doof der Senat bzw. die Bundesregierung die Bürgerinnen und Bürger eigentlich halten.

Da verkündete Wirtschaftsministerin Katherina Reiche zum 1. April, dass die *Benzinpreise nur noch einmal am Tag - um 12 Uhr - angehoben werden dürfen*. Ganz großartig diese Maßnahme, die aber auf gar keinen Fall den Konzernen die Übergewinne streitig macht. Die Folge, erlebt in Hitzacker am Ostersonntag: Beim morgendlichen Reinfahren 1.14,9 Euro

der Liter Super, beim nachmittäglichen Rausfahren 1.24,9 Euro, streng nach Gesetz.

Und Bürgermeister Peter Tschentscher wird nicht müde, von *»schlanken Spielen«* zu sprechen, wenn er bei seiner Tour durch die Stadtteile händeringend um Zustimmung buhlt. Gemeint ist damit ein kostenmäßig sozusagen im Rahmen bleibender Superevent. Ja, der Senat verspricht uns sogar einen Gewinn von rund 100 Millionen. Der allerdings nur zustande kommt dank eines einkalkulierten, aber nicht zugesagten



Von der [Homepage des DGB Nord](#)

Tag der Arbeit 2026:

Erst unsere Jobs, dann eure Profite

Heraus zum 1. Mai!

Arbeitsplätze geraten unter Druck, Standorte werden verlagert, soziale Sicherheit wird infrage gestellt. Gleichzeitig sollen wir länger arbeiten, mehr leisten und mit weniger auskommen. Das machen wir nicht mit.

Erst unsere Jobs, dann eure Profite – sichere Arbeit und gute Perspektiven!

Die wirtschaftliche Lage ist angespannt. Viele Kolleginnen und Kollegen haben Angst um ihre Zukunft und die ihrer Familien. Doch die Beschäftigten sind nicht verantwortlich für Krisen, Fehlentscheidungen oder unterlassene Investitionen. Sie sind es, die jeden Tag arbeiten – und damit den Laden am Laufen halten. Arbeitgeber müssen endlich Verantwortung übernehmen: In die Zukunft investieren, Arbeitsplätze sichern und sich zum Standort bekennen. Unsere Arbeit schafft den Wohlstand – also müssen unsere Jobs an erster Stelle stehen.

Erst unsere Gesundheit, dann eure Profite – Hände weg vom 8-Stunden-Tag!

Der Angriff auf den 8-Stunden-Tag ist ein Angriff auf unsere Gesundheit. Unter dem Schlagwort »Flexibilisierung« drohen längere Arbeitstage, mehr Druck und weniger Planbarkeit.

Wir sagen klar: Wir arbeiten genug! Der 8-Stunden-Tag schützt unsere Gesundheit, unsere Familien und unsere Freizeit. Er ist eine zentrale Errungenschaft der Arbeiterbewegung – und nicht verhandelbar. Wenn das Arbeitszeitgesetz fällt, bestimmt der Chef über unsere Zeit. Das lassen wir nicht zu.

Erst unsere Sicherheit, dann eure Profite – für eine starke Rente und gute Versorgung für alle!

Der Sozialstaat ist kein Kostenfaktor, den man beliebig kürzen kann – er ist die Grundlage für Zusammenhalt und Stabilität. Wer heute behauptet, er sei »zu teuer«, lenkt von den



Aktuell wie eh und je: Mai-Plakate des [Deutschen Gewerkschaftsbundes](#) 1950, 1958 und 1970

eigentlichen Problemen ab: einer ungerechten Vermögensverteilung und einer unzureichenden Finanzierung.

Die Rente gehört uns – denjenigen, die in sie einzahlen. Wer ein Leben lang arbeitet, muss im Alter sicher leben können. Und wir brauchen ein Gesundheitssystem, das sich an dem orientiert, was die Menschen benötigen – nicht an den Renditeerwartungen von Investoren. Wir fordern eine Gesundheitsversorgung für alle – unabhängig vom Geldbeutel.

Erst unser bezahlbares Leben, dann eure Profite – Schluss mit der Abzocke!

Die Lebenshaltungskosten steigen, besonders beim Wohnen und bei Energie. Auch Nahrungsmittel werden immer teuer. Immer mehr Menschen geraten unter Druck, obwohl sie arbeiten. Das zeigt: Der Markt regelt es eben nicht! Wir brauchen eine Politik, die eingreift, reguliert und für spürbare Entlastung sorgt. Denn gute Arbeit muss ein gutes Leben ermöglichen – und zwar auch bei Wohnen, Energie und im Supermarkt.

Heraus zum 1. Mai!

Der 1. Mai ist ein Tag des Zusammenhalts, der Solidarität, des Widerstands und des Einsatzes für den Frieden. Wir stehen gemeinsam für unsere Rechte, für unsere Würde und für eine gerechte Gesellschaft. Lasst uns laut sein gegen Angriffe auf Arbeitnehmerrechte, gegen Sozialabbau und gegen eine Politik, die die Interessen der Beschäftigten hintanstellt. Gehen wir gemeinsam auf die Straße – für sichere Arbeitsplätze, gute Arbeitsbedingungen und eine starke Demokratie.

Erst unsere Jobs, dann eure Profite!



Und wer's lieber etwas zugespitzter mag ... guckt hier vorbei (Foto: M. Joho)

Für Hamburg - NEIN zu Olympia!

Von Heike Sudmann

Hamburg soll sich für die Olympischen und Paralympischen Spiele 2036, 2040 und 2044 bewerben – so der Wille des Senats. Um die Hamburger*innen zu überzeugen, dass Olympia »eine Chance für alle« sei, produziert der Senat schöne Bilder und große Emotionen. Das lässt er sich mal eben 11 Millionen Euro kosten. Doch damit kann er nicht ablenken von den vielen Baustellen, dem Verkehrschaos, der Klimabelastung und den hohen

Ausgaben. Olympia wird extrem teuer, selbst der Senat spricht von 6.100.000.000 (6 Mrd.) Euro. Dabei fehlen noch etliche Milliardenkosten, z.B. für die Sicherheit. Das Geld könnte für ein Hamburg ohne Olympia viel besser genutzt werden: für dauerhafte Sportförderung, für mehr Häuser der Jugend, für Senior*innentreffs, für eine bessere Gesundheitsversorgung, für günstige Mieten und vieles mehr.

Das überarbeitete Konzept des Senats findet sich hier: www.hamburg-activecity.de/olympia.
Kritische Auseinandersetzungen damit gibt es bei NOlympia: www.nolympia-hamburg.de/,
der Hamburger Linksfraktion: www.linksfraktion-hamburg.de/nein-zu-olympia/
und der Partei DIE LINKE: www.die-linke-hamburg.de/neinzuolympia/.

100 Millionen Euro Gewinn durch Olympia? Mitnichten!

Der Senat spricht von 100 Mio. Euro Gewinn – und schweigt lieber über die Gesamtsumme, die für die Olympischen Spiele ausgegeben werden muss. Kein Wunder, denn allein die 6,1 Mrd. Euro Ausgaben, die sich schon im aktuellen Konzept des Senats wiederfinden, (v)erschrecken viele Hamburger*innen.

Dabei fehlen noch die Ausgaben für die Sicherheit (Polizei, Feuerwehr u.a.) und die Logistik. Bei Olympia 2024 in Paris waren das 2,65 Mrd. Euro.

Die 100 Mio. Euro Gewinn in einem von drei Olympia-Budgets kommen übrigens nur zustande, weil der Senat einen Zuschuss des Bundes in Höhe von 200 Mio. Euro einrechnet. Dumm jedoch, dass der Bund es bisher nur bei warmen



Von der Website der Linksfraktion

Worten belässt. Denn der bekennt sich zwar zu einer finanziellen Mitverantwortung für Olympia, doch macht keinerlei Zusagen über die Höhe von Bundesgeldern. Das sei abhängig von der Haushaltslage ...

Ohne Bundesmittel will der Senat die neue Multifunktionsarena im Volkspark bauen. Der Neubau des Vorbildes, das Madrider Stadion Bernabéu, hat über eine Milliarde Euro gekostet.

Woher nehmen, wenn nicht stehlen?

Auch den größten Befürworter*innen der Olympischen und Paralympischen Spiele ist klar, dass Milliardenausgaben auf Hamburg zukommen. Ebenso klar ist, dass sich die Einnahmen Hamburgs nicht auf wundersame Weise vermehren werden. Schon heute stehen Kürzungen im Jugendbereich, Schließung von Krankenhäusern, fehlende Ärzt*innen und Gesundheitszentren in den Stadtteilen, geschlossene Schwimmbäder, große Obdachlosigkeit und explodierende Mieten auf der Tagesordnung. Die Olympia-Bewerbung droht Hamburg in vielen Lebensbereichen unsozialer und teurer zu machen. Da wird es nicht um mehr, sondern um weniger Geld für wichtige soziale Aufgaben gehen.

Übrigens:

- In fast allen Olympia-Städten sind die Mieten noch stärker gestiegen als in vergleichbaren Städten ohne Olympia.
- Der Hamburger Senat verspricht, eine vierte und fünfte Stunde Sport in allen Schulen einzuführen. Paris hat 2025 die dort versprochene vierte und fünfte Schulsportstunde nach den Olympischen Spielen wieder einkassiert (und auch den Sportpass für einkommensschwache Jugendliche gestrichen).

Und der Sport?

Dass Olympische und Paralympische Spiele sich positiv auf den Breitensport auswirken, ist ein Irrglaube. Wissenschaftliche Untersuchungen konnten nach den Spielen in Sydney (2000), Athen (2004) und London (2012) keinen positiven Effekt auf den Breitensport feststellen. Die heute vorhandenen langen Wartelisten, besonders bei der Fußballjugend, und die fehlenden Trainingsmöglichkeiten zeigen, dass Hamburg hier dringend tätig werden muss.

Für Olympia werden große Sportstätten (temporär) gebaut. Nur 42 Dreifeldhallen, 16 Sportfreianlagen und 12 Schwimmbäder sollen laut Senat für Olympia gezielt modernisiert/weiterentwickelt werden. Das ist für ganz Hamburg doch nur ein schlechter Witz! Knapp vier Wochen Begeisterung für olympische und paralympische Sportler*innen in den Wettkämpfen enden in zu wenigen und schlecht ausgestatteten Sportstätten in Hamburg. Und das für viele, viele Jahre – denn das Geld geht ja für Olympia drauf.

Barrierefreiheit und Inklusion – in 14 oder 18 Jahren. Im Ernst?

Der Hamburger Senat verspricht, dass Hamburg zur barriereärmsten Stadt Deutschlands umgebaut werde, wenn Olympia kommt. Das hört sich gut an, ist aber in Wirklichkeit ein Armutszeugnis. Wenn dem Senat die Situation von Menschen mit Behinderung wirklich wichtig wäre, würde er erstens nicht von Barrierearmut, sondern von Barrierefreiheit sprechen und zweitens das nicht an ein einmaliges Megaevent koppeln.

Menschen mit Behinderung müssen sich uneingeschränkt in der Stadt bewegen können. Und das so schnell wie möglich und nicht erst in 14 oder 18 Jahren. Bei Inklusion geht es

um Menschenrechte. Und die müssen unabhängig davon, ob Hamburg Olympische und Paralympische Spiele ausrichtet, verwirklicht werden.

Prima Klima mit Olympia?

Olympische Spiele verursachen enorme CO₂-Emissionen – durch Neubauten, Straßenverkehr und Flugreisen. Sie lassen sich weder klimaneutral noch klimapositiv veranstalten. Deshalb will der Senat sich durch Zertifikate freikaufen – was das Klima in Hamburg keinen Deut besser macht.

Die Spiele wären ein klimapolitischer Rückschritt und mit den 2025 im Hamburger Zukunftsentscheid beschlossenen Klimazielen nicht vereinbar.

Für den notwendigen Ausbau des Öffentlichen Nahverkehrs wird Olympia nicht benötigt. Das zeigt sich auch daran, dass keine neuen Planungen vom Senat vorgelegt werden, sondern nur die bereits beschlossenen.

Nicht beschlossen, aber ein großes Problem ist der Ausbau des Hamburger Hauptbahnhofes. Hier mauert die Deutsche Bahn, die sich angesichts ihrer massiven Probleme auch nicht durch Olympische Spiele mehr bewegen wird.

Baustellen, Verkehrschaos und Stress

Viele Baustellen in der ganzen Stadt sind für die Olympischen Spiele vorprogrammiert. Sollte das Internationale Olympische Komitee (IOC) Hamburg den Zuschlag schon für 2036 geben, wird das Verkehrschaos groß. Denn der Senat selbst sagt, dass er bis 2036 die U5-Linie zum Volkspark nicht fertigbekommt. Am Spitzentag werden laut Senat 790.000 Ticketinhaber*innen und Tourist*innen in Hamburg sein. Täglich kommen 50.000 zusätzliche Fluggäste.

Ein besonderes Thema sind die sogenannten »olympic lanes«, die olympischen Straßenspuren. Die Hauptverkehrsstraßen werden dann stundenlang gesperrt, damit die »Olympische Familie« rechtzeitig die Sportstätten erreicht. In Paris 2024 bewegten sich über 200.000 Akkreditierte so durch die Stadt. Der Hamburger Senat will auf die »olympic lanes« verzichten. Der Nachweis, dass das IOC das auch will, fehlt. In Los Angeles und Brisbane, den beiden nächsten Austragungsorten, wird es sie geben.

Auch erwähnt werden müssen die Sicherheitskräfte. In Paris waren über 70.000 im Einsatz. Dagegen nehmen sich die 31.000 Sicherheitskräfte für den G20-Gipfel in Hamburg 2017 fast »wie ein Hafengeburtstag« aus – um es mal mit Alt-Bürgermeister Olaf Scholz zu sagen.

Wer gewinnt denn nun am Ende?

Egal, wie die Wettkämpfe ausgehen, einer gewinnt immer bei den Olympischen Spielen: das Internationale Olympische Komitee (IOC). Ja, genau das IOC, das bekannt ist für Intransparenz, Korruption, Doping-Verschleierung und fehlende Menschenrechtsstandards. Und das nach dreißig Jahren jetzt wieder die umstrittenen Geschlechtstests einführen will, um intersexuelle und Transgender-Athletinnen auszuschließen.

Dieses IOC streicht regelmäßig Milliarden-Gewinne ein, während die austragenden Städte auf den großen Ausgaben



Die SPD ist in der City gegenwärtig mit einer massiven Pro-Olympia-Plakatierung präsent und verbindet die Zukunft gleich der ganzen Stadt mit der Bewerbung für Olympia (Foto: M. Joho)

und Schuldenbergen sitzen bleiben. Das umfangreiche Vertragswerk des IOC ist zwar von über tausend Seiten auf mehrere hundert Seiten geschrumpft. Doch noch immer liegen alle Risiken bei den austragenden Städten. Deren Interessen sind nicht relevant, denn das IOC hat eigene, rein profitorientierte Vorstellungen, wie die Spiele abzulaufen haben. Dazu gehört z.B. auch die Steuerfreiheit für IOC-Einnahmen durch die Spiele.

Deshalb:

Am 31. Mai ein NEIN zu Olympia. Für Hamburg!



Was für die Sammlung der Unterschriften galt, gilt auch für das Referendum (Foto: H. Sudmann)

Podiumsdiskussionen zu Olympia ...

... des Bürgervereins Flottbek-Othmarschen

Dienstag, 14. April, 19.00 Uhr, HASPA Nienstedten, Nienstedtener Marktplatz 36

Der Bürgerverein Flottbek-Othmarschen organisiert eine Informationsveranstaltung mit Pro und Contra zur Olympiabewerbung mit den Bürgerschaftsabgeordneten

- Dietrich Wersich (CDU)
- Heike Sudmann (DIE LINKE)

... der Initiative NOlympia Hamburg

Mittwoch, 15. April, 19.00 Uhr, Kölibri, Hein-Köllisch-Platz 12

Für viele Menschen waren die Olympischen und Paralympischen Spiele in Paris 2024 alles andere als ein Sommermärchen: explodierende Kosten, Mieterhöhungen, Absperungen und Polizeikontrollen, 20.000 Menschen wurden für den Event aus der Stadt gedrängt. Darüber spricht Paul Alauzy vom Pariser Bündnis »Le Revers de la Médaille«, das gegen die »soziale Säuberung« mobilisiert hat.

... der Hamburger Linksfraktion

Donnerstag, 23. April, 18.00 Uhr, Rathaus Hamburg (Kaisersaal)

Das Referendum zur Olympia-Bewerbung der Stadt Hamburg (am 31. Mai) steht kurz bevor. Zum Start der Briefwahl (am 22. April) veranstalten wir hierzu eine spannende Podiumsdiskussion mit

- Christoph Harting (Olympiasieger & DIE LINKE Berlin)
- Clara Ihring (NOlympia Hamburg)
- Daniel Knoblich (Vorsitzender des Hamburger Sportbundes)
- Steffen Rülke (Leiter des Vorprojekts für die Olympischen und Paralympischen Spiele in Hamburg) und
- der Moderatorin Heike Sudmann (Linksfraktion Hamburg)



Olympiareife Bruchlandung

Von Stephan Jersch und Janine Burkhardt

Die Olympischen Spiele in Paris 2024 wurden von den Veranstaltern als »die nachhaltigsten Spiele aller Zeiten« beworben. Nun sollen diese Spiele nach Hamburg kommen und das nicht nur klimaneutral, sondern gleich klimapositiv. Klimapositiv bedeutet, dass mehr CO₂ vermieden, reduziert oder kompensiert wird, als durch die Spiele entsteht. Auswertungen der Spiele in Paris zeigen, dass ein erheblicher Teil der gesamten Klimaemissionen auf den reisebedingten Verkehr entfiel. Hier macht der Flugverkehr einen erheblichen Anteil aus. Eine nachträgliche Bewertung der Spiele wurde im April 2025 von den Ministerien für Landesplanung und Ökologischen Umbau veröffentlicht. Demnach entfielen 65 Prozent der Gesamtemissionen auf Anreise und Unterkunft. Die 10 Prozent der außereuropäischen Besucher*innen verursach-

ten 80 Prozent der verkehrsbedingten Treibhausgasemissionen. Der Senat sieht hierin kein Problem, liegt die CO₂-Bilanz der Spiele deutlich unter dem Durchschnitt der Spiele von London 2012 und Rio de Janeiro 2016. Entscheidend seien dabei frühzeitige strategische Entscheidungen hinsichtlich der Vermeidung von Emissionen bereits in der Bewerbungsphase, in der sich Hamburg derzeit befindet. Hamburg will den Weg von Paris konsequent weitergehen und neue Maßstäbe setzen. Gehen wir also rein und schauen uns die strategischen Überlegungen des Senats an.

Es ist unstrittig, dass viele Athlet*innen, Medienvertreter*innen sowie politische Vertretungen aus aller Welt mit dem Flugzeug anreisen werden. Diese Form der Mobilität wird einen erheblichen Anteil an den verkehrsindu-



zierten Emissionen der Spiele verursachen. Welche Strategie verfolgt also der Senat? Wir haben mit einer Schriftlichen Kleinen Anfrage nachgehakt. Zunächst rechnet sich der Senat die Emissionen schön, denn der internationale Flugverkehr hat keine Auswirkung auf die Klimabilanz Hamburgs. Bei den Emissionen werden nur die nationalen Flugverkehrsemissionen verbucht. Darüber hinaus nimmt der Senat an, dass eine Reduktion der Treibhausgase im internationalen Flugverkehr durch ETS (EU-Emissionshandelssystem/Zertifikate-Handel) und SAF-Quoten (Sustainable Aviation Fuels) erfolgt. Gerade aber bei den SAF-Quoten zeigt sich, dass es davon zu wenig gibt und Airlines bereits jetzt darum kämpfen, dass die Quoten-Vorgabe von 6 Prozent für das Jahr 2030 verschoben werden soll. Damit platzt schon einmal diese Seifenblase.

Darüber hinaus nimmt der Senat an, dass sich der Flugverkehr, der nicht mit den Spielen im Zusammenhang steht, reduzieren wird und der Flugverkehr für die Spiele auch über andere relevante Flughäfen abgewickelt wird. International Reisende werden, so die Annahme des Senats, vorrangig Flughäfen mit stärkerer internationaler Anbindung wie Frankfurt und Berlin nutzen und damit nicht Hamburgs (Klima-)Problem sein. Eine Weiterreise kann dann mit der Bahn erfolgen. Nur zu blöd, dass die Deutsche Bahn schon im Zuge der Europameisterschaft 2024 schon keine guten Schlagzeilen im Ausland gemacht hat und bis heute hauptsächlich mit Unzuverlässigkeit glänzen kann. Es ist zweifelhaft, anzunehmen, dass die massiven Infrastrukturprobleme der Deutschen Bahn innerhalb der nächsten 15 Jahren behoben werden können und sich die Situation entschieden ändert. Der Senat führt in der oben genannten Anfrage zudem aus, dass die Überlegungen, wie die klimatischen Effekte des Flugverkehrs kompensiert bzw. reduziert werden sollen, noch nicht abgeschlossen sind. Heißt im Klartext: eine Strategie gibt es nicht. Stattdessen nur lose Annahmen ohne handfeste Fakten.

Der Senat hatte in seiner Bewerbung für die Ausrichtung der Olympischen/Paralympischen Spiele zugesagt, bis 2040 klimaneutral zu sein – wohlgemerkt, noch vor dem von ihm

bekämpften Zukunftsentscheid. Im Zuge der Auseinandersetzungen rund um den Hamburger Zukunftsentscheid hat die Regierungskoalition die Umsetzbarkeit bis 2040 immer bezweifelt (u.a. aufgrund hoher Kosten). Nur durch die Ausrichtung der Spiele sei Klimaneutralität 2040 umsetzbar – ein scheinheiligeres Argument kann es nicht geben und mittlerweile ist er gesetzlich zur Umsetzung gezwungen. Die Regierungskoalition wird nicht müde, in Bezug auf die angestrebte Klimaneutralität auf den Bund zu zeigen, da Hamburg u.a. vom Bundesstrommix abhängig ist. Das Bewerbungskonzept sieht den garantierten hundertprozentigen Einsatz von erneuerbaren Energien vor. Allerdings ist hier die entscheidende Frage, worin die Garantie besteht, wenn immer wieder auf den Bundesstrommix verwiesen wird, der 2025 zu einem Anteil von fast 62 Prozent aus Erneuerbaren bestand. Tatsächlich ergibt sich hier eine erhebliche Diskrepanz, denn auf der einen Seite zeigt Hamburg mit dem Finger auf den Bund, auf der anderen hält der Senat die Ausrichtung der Olympischen/Paralympischen für entscheidend, um Hamburg klimaneutral zu machen. Derzeit erleben wir auf Bundesebene ein Rollback im Energiebereich. Hinsichtlich des Gebäudeenergiegesetzes, welches mit den veröffentlichten Eckpunkten der Regierungskoalition (CDU und SPD) durch ein Gebäudemodernisierungsgesetz ersetzt werden soll, ist die Nutzung fossiler Energien im Heizungsbereich weiterhin vorgesehen.

Es ist äußerst fragwürdig, dass Hamburg im Jahr 2040 klimapositive Spiele ausrichten könnte, zumindest nicht ohne einen Berg fragwürdiger Klimazertifikate. Die Unzulänglichkeiten, die sich aus dem Klimabereich – insbesondere mit Blick auf den Flugverkehr – ergeben, sind ein Grund von vielen, um am 31. Mai im Referendum mit »Nein« zu stimmen.

Homer oder Vom griechischen Olympia zum hamburgnahen Pinneberg

Ein homerisches Gelächter in Etappen

Von Michael Joho

Die Werbekampagne des Senats sorgte ja schon verschiedentlich für Genugtuung und bisweilen den einen oder anderen Lacher. Beispielsweise, als sich bei einer repräsentativen NDR-Umfrage ergab, dass 50 Prozent der Hamburger Bevölkerung eine Olympia-Bewerbung »eher schlecht« und nur 41 Prozent »eher gut« fanden. Klare Aussage des NDR am 25. März: »Mehrheit der Befragten sieht Olympia-Bewerbung kritisch«. Flugs schrieb das »Hamburger Abendblatt« über eine Umfrage des Deutschen Olympischen Sportbundes (DOSB).

Danach würden sich in Hamburg 55 Prozent für die Spiele aussprechen. In der Umfrage seien allerdings nur die Stimmen von Menschen gewertet worden, die auch wirklich an der Abstimmung teilnehmen wollen. Eine sehr ungewöhnliche Art der Erhebung – abgesehen davon, dass auch nicht klar ist, ob sie repräsentativ war. Entlarvend genug die Überschrift im Abendblatt online vom 27. März: »Interne Statistik weist deutlich bessere Werte auf als eine NDR-Umfrage«. Ich habe da auch so manche »interne Statistik«, in meiner unmittel-

telbarsten Umgebung zum Beispiel sprechen sich 100 Prozent gegen die Bewerbung aus. Bei einer Abstimmung in der Küche der Linksfraktion waren es jüngst sogar 110 Prozent ...

Für Verärgerung, klar, aber auch für eine sarkastische Betrachtung der verzweifelten Stimmung bei SPD und GRÜNEN sorgte natürlich auch deren Weigerung in der Bürgerschaft, den Landesrechnungshof um eine Stellungnahme zum angeblich doch so seriösen Finanzkonzept der Olympia-Bewerbung zu ersuchen. Mit Kopfschütteln habe ich dann einer Pressemitteilung (PM) der Linksfraktion entnommen, dass der Antrag, eine Expert*innenanhörung zum Finanzkonzept wenigstens im zuständigen Haushaltsausschuss durchzuführen, ebenfalls von den Senatsparteien abgelehnt wurde.

Eine weitere PM und deren Folgen hat mich dann sogar noch zu einem kurzen, homerischen Gelächter veranlasst. Und das kam so. Am frühen Morgen des 1. April las ich die frisch ins Netz gestellte PM mit dem Titel »OlympJA: Linksfraktion irritiert über Pinneberger Bewerbung«. Pinneberg will sich um Olympische und Paralympische Spiele bewerben? Echt jetzt? Und so liest sich das in der PM:

Die Linksfraktion ist irritiert über die Pläne der Stadt Pinneberg, ins Rennen um Olympische und Paralympische Spiele einzusteigen. Die Bewerbung haben SPD und Grüne der schleswig-holsteinischen Stadt heute auf einer Pressekonferenz im Anschluss an eine beeindruckende Drohnenshow über dem Drosteipark bekanntgegeben. Dazu Heike Sudmann, Co-Vorsitzende der Fraktion Die Linke in der Hamburgischen Bürgerschaft: »Anscheinend sind SPD und Grüne nicht nur in Hamburg olympiabesoffen. Der geplante Hyperloop ist vollkommen unrealistisch und das Finanzierungskonzept scheint genauso windig zu sein wie das des Hamburger Senats. Was folgt als nächstes, ein PinnauTower oder ein unterirdisches Klo in der Einkaufsstraße?«

Martin Wolter, sportpolitischer Sprecher der Linksfraktion: »Die Bewerbung Pinnebergs bedeutet für Hamburgs Olympiaplanungen eine ernsthafte Konkurrenz. Was kurze Wege betrifft, ist die Stadt unschlagbar. Gegen unseren nördlichen Nachbarn hat Hamburg kaum eine Chance. Angesichts dessen fordern wir den Senat auf, die Hamburger Bewerbung zurückzuziehen und das Geld für sinnvollere Dinge zu investieren.«

Wie es vielleicht einigen so ging an diesem Tag, es dauerte etwas, bis der Groschen fiel: Wir haben den 1. April! Okay, habe ich mir gesagt, gelungener Gag. Mittags las ich dann einen Online-Artikel des »Hamburger Abendblatts«, das den Aprilscherz aufgegriffen hatte und den Bürgermeister von Pinneberg – Thomas Voerste – um eine Reaktion bat. Ob seines Witzes war ich dann für einige Sekunden baff. Hier der betreffende Abschnitt aus dem Abendblatt:

pinneberg olympia bewerbung

★ Übersicht mit KI

SPD und Grüne in Pinneberg haben angekündigt, sich für die Olympischen und Paralympischen Spiele 2036, 2040 oder 2044 zu bewerben. Die Pläne wurden kurz nach Bekanntwerden von der Linksfraktion kritisiert, die das Finanzierungskonzept als "windig" bezeichnete und die Konkurrenz zur Hamburger Bewerbung hervorhob. Pinneberg positioniert sich als starker Nachbar. [Facebook +2](#)

Wichtige Punkte zur Pinneberger Olympia-Initiative:

- **Initiatoren:** Die Bewerbung wird von der SPD und den Grünen in Pinneberg getragen, wie der [Linksfraktion](#) zufolge am 1. April 2026 berichtet wurde.
- **Reaktionen:** Die Hamburger Linksfraktion reagierte irritiert und sah darin eine "ernsthafte Konkurrenz" für die eigenen Olympia-Pläne der Hansestadt.
- **Zeitraum:** Die Bewerbung bezieht sich auf kommende Sommerspiele (2036, 2040 oder 2044).
- **Hintergrund:** Die Pläne kamen nach Berichten über eine "beeindruckende Drohnenshow über dem Drosteipark" ans Licht. [Facebook +2](#)

Die Initiative steht im Kontext der generellen Olympia-Bewerbungen in Deutschland, bei denen neben Hamburg auch Berlin, München und die Region Rhein-Ruhr als potenzielle Austragungsorte gelten. [DGB +1](#)

Pinneberg will die Olympischen Spiele austragen? Natürlich handelt es sich um einen Aprilscherz der Hamburger Bürgerschaftsfraktion der Linken. Die haben die Stadt Pinneberg im Vorfeld nicht von ihrem humoristischen Vorhaben in Kenntnis gesetzt, wie Bürgermeister Thomas Voerste erklärt.

Pinnebergs Rathauschef nimmt den witzig gemeinten Vorstoß dennoch mit Humor. Er sagt: »Jeder weiß, Pinneberg ist eine Sportstadt. Bei uns gibt es eine große Auswahl an Sportstätten und Bewegungsangeboten und wir investieren kontinuierlich in deren Verbesserung. Die Rahmenbedingungen stimmen also – und wer kann sich nicht einen Segelwettbewerb auf dem See an den Funktürmen vorstellen?«

Insofern sei es absolut logisch, dass sich Pinneberg um die Olympischen und Paralympischen Spiele bewerben wolle, so Pinnebergs Verwaltungschef. »Schade nur, dass unser Plan jetzt geleakt wurde. Ich kann mir deswegen vorstellen, dass wir zugunsten von Hamburg von einer Bewerbung absehen. Aber das werden wir nun umgehend mit unserem großen Organisationsteam besprechen.«

Wieder war es einen Lacher wert. Aber nochmals getoppt wurde das Ganze am Morgen des 10. April – ich sitze gerade am neuen »Bürger*innenbrief«, denke über eine Glosse zu der Geschichte nach und gebe spaßeshalber bei Google die Begriffe »pinneberg olympia bewerbung« ein. Und nun lese ich doch tatsächlich eine den verschiedenen Links neuerdings immer vorweggeschaltete »Übersicht mit KI«, die mich ein weiteres Mal heiter in den Tag einsteigen lässt ... Die allwissende, worldwide um sich greifende und das Leben von immer mehr Menschen beeinflussende Künstliche Intelligenz – sie ist einem Aprilscherz aufgefressen! So viel zur KI. Und zu einer gelungenen Komödie in drei Akten.

Letzte Meldung zum Thema Olympia-Bewerbung:

Rot-Grün verweigert weiterhin Kostendebatte

Am 8. April haben SPD und Grüne im Haushaltsausschuss eine schnellstmögliche Selbstbefassung mit dem Finanzkonzept abgelehnt, und das, obwohl es vorher eine Zusage im Sportausschuss gab. Der rot-grüne Vorschlag lautet nun, dass am 26. Mai, also wenige Tage vor dem Ende der Referendumsabstimmung, der Haushaltsausschuss sich mit den Finanzen befassen kann.

Dazu **Heike Sudmann in der Presseerklärung vom selben Tag**: »Eine Schelmin, die bei diesem Vorgehen Böses denkt. Einmal mehr zeigt sich, wie viel Angst die Olympia-Befürworter*innen davor haben, dass die Hamburger*innen erfahren, wie viel Milliarden Olympia in Wahrheit kosten wird. Natürlich wissen SPD und GRÜNE, dass die vom Senat angegebenen 6,1 Milliarden Euro Ausgaben viel zu niedrig angesetzt sind. Es fehlen z.B. die Sicherheitskosten und die Kosten für weitere öffentliche Dienstleistungen, die in Paris alleine 2,7 Milliarden Euro ausgemacht haben. Wer so unehrlich und unseriös agiert, hat nicht das Vertrauen der Hamburger*innen verdient. Sondern ein klares NEIN zur Olympia-Bewerbung.«



Protestaktion der Linksfraktion vor der Ausschusssitzung
(Foto: H. Sudmann)

Hamburg-Takt im Verkehr: SPD mit Wahlversprechen völlig aus dem Takt

Von Heike Sudmann

Recherchen des »Hamburger Abendblatts« und des Portals »Nahverkehr Hamburg zeigen, dass Bürgermeister Tschentscher sein Wahlversprechen von 2019, alle Hamburger*innen erreichen eine Haltestelle in ihrem Umfeld innerhalb von 5 Minuten, still und leise beerdigt. Die auf die Berichterstattung folgende Beteuerung der SPD-Bürgerschaftsfraktion, man halte am Hamburg-Takt fest, ist angesichts der verfehlten Ziele nicht glaubwürdig.

Hamburg-Takt – geschickte Täuschung von Anfang an

Von Beginn an ging es beim Hamburg-Takt um Illusionen und geschickte Täuschungen. Der Begriff »5-Minuten-Takt« suggerierte, dass alle fünf Minuten auch ein Bus oder eine Bahn kommt. Doch darum ging es nie. Was nützt es mir, wenn ich in fünf Minuten einen Haltepunkt erreiche, dann aber lange warten oder noch zuzahlen muss, weil MOIA z.B. nicht im hvv-Preis enthalten ist? Das Versprechen des Bürgermeisters und die Technikgläubigkeit des Verkehrssenators nützen den Hamburger*innen nichts. Statt zig Milliarden Euro in Olympia zu investieren, könnte für viel weniger Geld ein ganzes Straßenbahnnetz für Hamburg gebaut werden. Davon hätten alle Hamburger*innen was. Und da gibt es dann auch einen echten 5-Minuten-Takt. Bürgermeister und Verkehrssenator sollten wenigstens so anständig sein und so viel Rückgrat zeigen, dass sie ihr Scheitern eingestehen, statt den Hamburg-Takt klammheimlich zu beerdigen.

SPD in Panik

Die aktuelle Panik bei der SPD(-Fraktion) ist verständlich. Schließlich geht es hier um wiederholte Wahlkampfversprechen des Ersten Bürgermeisters, die über sechs Jahre nicht eingelöst wurden. Wer jetzt behauptet, am Hamburg-Takt festzuhalten, muss schon sagen, was und wie der bis 2030 realisiert werden soll. Der Neubau von U- und S-Bahn-Linien dauert Jahr(zehnt)e. Schnell kann es nur im Busbereich gehen. Doch da lahmt der Senat. Null Quartiersbuslinien, gerade mal ein Viertel der versprochenen Xpressbusse, nur ein Drittel neue Metrobuslinien und keine der angekündigten neuen Ampelvorrangschaltungen wurde bisher umgesetzt, wie Nahverkehr Hamburg feststellt. Neue Busspuren in Hamburg müssen mit der Lupe gesucht werden. Und nicht zu vergessen, das seit Jahren überfällige Gutachten zu dem versprochenen Hochleistungsbussystem zwischen Lurup und Innenstadt.

Die miese Bilanz des Senats lässt sich nicht mehr mit Corona begründen. Die Mobilitätswende kommt nicht mit schönen Worten oder dem Parkplatzmoratorium von Peter Tschentscher voran. Es braucht richtige Taten.

Aus: Nahverkehr Hamburg, vom 2.4.2026

40 Jahre nach Tschernobyl: Atomkraft? Das rollt weiter (durch Hamburg)!

Von Stephan Jersch, Dirk Seifert, Janine Burkhardt und Jens Schultz

Der »Atomausstieg« ist ein Chamäleon. Zwar sind, nach langem Hin und Her, die bundesdeutschen Atomkraftwerke abgeschaltet, aber das bedeutet nicht, dass das Thema nun erledigt sei, auch nicht in Hamburg.

Monat für Monat rollen Transporte mit radioaktiver Fracht über Hamburgs Straßen und Schienen oder werden im Hafen umgeladen. Es gilt im Hafen zwar ein freiwilliger Verzicht der Betriebe auf den Umschlag von Kernbrennstäben, doch diese werden stattdessen auf der Straße durch Hamburg transportiert. Eine Auflistung der Atomtransporte erstellt der Senat quartalsweise auf Anfrage der Linksfraktion – und das nun schon zum 64. Mal. Erst mit der Antwort auf die letzte Anfrage führte der Senat einen Transport über den Hafen auf, dem aufgrund von Sicherheitsmängeln die Weiterfahrt untersagt wurde.



Der Atomausstieg in Deutschland ist unvollständig. Mit den Uranfabriken in Lingen und Gronau existieren trotz Atomausstiegs weiterhin Produzenten von Kernbrennstäben, die diese exportieren – unter anderem über Hamburgs Straßen. Hinzu kommt weitere strahlende Fracht, die ebenfalls über den Hamburger Hafen transportiert wird. Größere Aufmerksamkeit hatte dieses Thema am Rande des Kirchentags in Hamburg 2013 erregt, als der Frachter »Atlantic Cartier« im Hafen in Brand geriet. An Bord befanden sich unter anderem 20 Tonnen radioaktiven Materials, darunter 9 Tonnen hochgiftiges Uranhexafluorid, das tausende Besucher*innen der Eröffnungsfeier in potenzielle Lebensgefahr brachte. Diese Transporte gehen weiter, trotz Atomausstiegs. Dazu kommen insbesondere Transporte mit »Yellow Cake«, einem Uranoxid-Konzentrat.

Und was sonst noch rollt und schwimmt in und durch Hamburg: hochradioaktiver Atommüll, z.B. aus der Wiederaufbereitungsanlage im britischen Sellafield – geplant sind 7 Castoren im März/April 2026 nach Brokdorf, möglicherweise

per Schiene über Hamburg. Deutschland ist zur Rücknahme verpflichtet. Jährlich kommen so 140 Transporte radioaktiver Stoffe mitten durch unsere Stadt zusammen.

Ohne ein Endlager, das auch in den nächsten Jahrzehnten nicht absehbar ist, werden mit fortschreitendem Abriss der deutschen Atomkraftwerke, die alten Kernbrennstäbe in andere Zwischenlager transportiert werden müssen, etwa aus Brokdorf, Brunsbüttel und Krümmel aus dem Hamburger Umland. Aktuell werden zudem Brennelemente aus dem ehemaligen Forschungsreaktor in Jülich in das Zwischenlager nach Ahaus transportiert – mit 150 Atomtransporten. Zwar nicht über Hamburg, aber jeder Transport birgt neue Gefahren.

40 Jahre nach den Nuklearkatastrophen von Tschernobyl und 15 Jahre nach Fukushima erlebt die Hochrisikotechnologie der Atomspaltung ein Revival. Mini-AKWs und Neubau von Atomkraftwerken werden auf EU-Ebene vorangetrieben und als grüne nachhaltige Energiequelle eingestuft – eine Bewertung, die de facto nicht richtig ist – aber Ländern wie Frankreich ‚den Arsch rettet‘.

Der Protest geht weiter – jeder Transport von radioaktivem Material, ob durch Deutschland oder Hamburg, ist ein Risiko zu viel. Solange diese Risiken bestehen, bleibt der Atomausstieg unvollständig.



Tipps & Termine

Auch wenns keinen Spaß macht, aber hier die neueste klimapolitische Hiobsbotschaft, in diesem Fall seitens der Tagesschau vom 10. April: »Der vergangene Monat war der **zweitwärmste März in Europa seit Beginn der Wetteraufzeichnungen**. Das teilte der europäische Erdbeobachtungsdienst Copernicus mit. So lag die **Durchschnittstemperatur mit 5,88 °C deutlich – um 2,27 Grad – über dem Referenzwert der Jahre 1991 bis 2020**. Während weite Teile des Kontinents trockener als im Durchschnitt waren, kam es in Regionen wie dem Mittelmeerraum und Skandinavien durch starke Regenfälle teils zu Überschwemmungen«. Kommentar überflüssig.



Die sich anbahnende Klimakatastrophe, die wachsende Armut und völlig unsichere gesellschaftlich-politische Verhältnisse treiben Menschen immer mehr Menschen in die Flucht. »Mindestens **117,3 Millionen Menschen** auf der ganzen Welt waren Stand **Juli 2025 gezwungen, aus ihrer Heimat zu fliehen**. Darunter sind 30,5 Millionen Flüchtlinge«, meldete das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen, so viel wie nie zuvor. Viele, sehr viele von ihnen kommen auf der Flucht um, alleine im Mittelmeer hat es in den ersten beiden Monaten des Jahres 2026 660 Todes- und Vermisstenfälle gegeben. Vor diesem Hintergrund ist es löblich, dass sich in seltener Einigkeit immerhin inzwischen **210 Bundestagsabgeordnete der SPD, der GRÜNEN und der LINKEN** aufgeschwungen haben, eine gemeinsame Erklärung gegen das Sterben im Mittelmeer zu verfassen. Den **Osterappell zur Seenotrettung** gibt es hier.

Sicher, Informationen und Daten gibt es wie Sand am Meer, auch über Hamburg. Aber wer die Statistischen Jahrbücher der Freien und Hansestadt Hamburg nicht kennt, der kennt die Stadt nicht. Aaaalso, wer nach aktuellen, jedenfalls den zurzeit frischesten Daten zu allen möglichen Aspekten der Elbmetropole sucht, der/die wird hier fündig. In der Publikation des Statistikamtes Nord finden sich Angaben zur Bevölkerung, Bildung und

Umwelt, zu Sozialleistungen, Verdiensten und Verkehr, zum Komplex Bauen und Wohnen, zum Gewerbe und Tourismus und vielen anderen Bereichen. Da die Printversion mit Erscheinen der Ausgabe 2019/2020 eingestellt wurde, gibt es all das nur noch im Netz. Im März ist das neue **Statistische Jahrbuch Hamburg mit Berichtstand von Ende 2024** veröffentlicht worden. Hunderte Seiten warten auf ihre Nutzer*innen, genau hier.

»Die Schreckensbilanz der Deutschen Bahn« nannte die Tagesschau am 27. März die Präsentation des Jahresabschlusses 2025, vorgetragen von der neuen Konzernchefin Evelyn Palla. Und so sieht es damit aus: **»Nur noch 60,1 Prozent der Fernzüge sind pünktlich gefahren**. Ein neuer Tiefststand. Ergebnis nach Steuern: Minus 2,3 Milliarden Euro ... 70% der Züge sollen wieder pünktlich fahren, hat sich die Bahn vorgenommen – aber erst im Jahr 2029. So ist es mit dem Bundesverkehrsministerium vereinbart. Ein bescheidenes Ziel. Allein der Umstand, dass 30% der Züge auch am Ende des Jahrzehnts noch unpünktlich sein dürfen zeigt, wie kaputt das Unternehmen derzeit ist.«

Auf der Landespressekonferenz am 24. März verkündete Stadtentwicklungssenatorin Karen Pein vollmundig den **Start des »Bauturbos«**. Er ermöglicht auf novellierter Gesetzesgrundlage **beschleunigte Genehmigungen von Wohnraum, vor allem durch Abweichungen von bestehenden Bebauungsplänen**. Und das kann konkret bedeuten, dass auf bisher fest verankerte Bürger*innenbeteiligung und Umweltprüfungen verzichtet wird. Mannomannomann, da kriegt es der Senat nicht hin, auch nur ansatzweise genügend (Sozial-)Wohnungen zu bauen, aber wichtige Elemente der Partizipation und des Umweltschutzes werden kurzerhand ins Abseits befördert. Die Linksfraktion hat protestiert, aber auch Sabine Sommer, die Vorsitzende des BUND Hamburg. Sie meint, dass »eine Stadtentwicklungspolitik, die Wohnungsbau und Klimaschutz als gleichrangige Ziele begreift, möglich ist, doch der Bauturbo in seiner jetzigen Form wird ihr nicht gerecht«.

In diesen Zusammenhang gehört auch eine weitere »Erfolgsmeldung« des Senats: »Am 18. März 2026 haben die Bündnispartner aus Senat, Wohnungswirtschaft und Hamburger Bezirken zum vierten Mal eine Vereinbarung für die laufende Legislaturperiode unterzeichnet, um die erfolgreiche Arbeit der zurückliegenden 15 Jahre fortzuführen. Ziel ist es, die Kräfte aller relevanten Akteure zu bündeln, um die Wohnraumversorgung in Hamburg bedarfsgerecht, sozial ausgewogen, ökologisch verantwortungsvoll und wirtschaftlich tragfähig auszubauen«, so

der O-Ton des Senats. Nun ja, von wegen der seit Jahren vom **Bündnis für das Wohnen** anvisierten **Zielmarke 10.000 neuer Wohnungen pro Jahr: Im letzten Jahr gab es gerade mal 6.700 Baugenehmigungen**, rechnet »Die Zeit« vor. Über Mietwucher in diesem famosen Gremium zu sprechen, kommt sowieso nicht infrage. Die Stadtentwicklungsbehörde kommt ja nicht einmal selbst in die Hufe, um die seit Einrichtung eines »Mietenmelders« im Februar 2025 – gerade noch rechtzeitig vor der Bürgerschaftswahl – eingegangenen **hunderte Mietwucher-Meldungen zu bearbeiten, nicht eine einzige wohlgemerkt**, so das »Hamburger Abendblatt« online vom 29. März.

Wenig tröstlich ist, dass die **Wohnkosten in Deutschland zwischen 2015 und 2024 um 48,0 Prozent gestiegen** sind, in etlichen anderen europäischen Ländern aber noch einmal deutlich höher. Im Durchschnitt hat es

im betreffenden Zeitraum in Europa eine Wohnkostenanhebung von 53,4 Prozent gegeben. Vielleicht sollten wir stärker nach **Finnland** schauen, das mit seiner sehr ausgebauten Housing-First-Politik die Obdachlosigkeit nahezu auf Null zurückgefahren hat und **in den zehn Jahren lediglich eine Erhöhung der Wohnkosten um 1,4 Prozent** gegeben hat. Es geht also!

Auch die **Wohnsituation von Studierenden** und Auszubildenden scheint das Bündnis nur peripher zu interessieren. Ein **WG-Zimmer in Hamburg** kostet nach Angaben des Moses-Mendelssohn-Instituts **aktuell 650 Euro** im Durchschnitt, so viel wie noch nie. »Jetzt will der AStA selbst bauen«, meldete die taz online am 31. März. Alljährlich dasselbe Bild: Studis finden keine bezahlbare Wohnung, Wohnheimplätze decken nur einen Bruchteil des Bedarfs ab. Immerhin sollen bis 2030 in Hamburg weitere 3.000 Wohnheimplätze entstehen.

Anstieg der Wohnkosten in der EU 2015–2024



Eine Ende März 2026 aktualisierte Tabelle des Europäischen Parlaments.

Es kommt ja nicht allzu oft vor, dass das Wirken außerparlamentarischer Initiativen und der Linksfraktion teilerfolgreich sind, wenn auch in diesem Falle mit jahrelanger Verspätung. Wir haben an dieser Stelle wiederholt über die altherwürdige **Schilleroper in St. Pauli** geschrieben, und darüber, dass das noch stehende originale Metallgerüst seitens der Eigentümerin des Grundstücks Mareike Jansen gezielt zur Verrottung freigegeben ist. Doch mehrjährige Proteste der Anwohner*inneninitiative sowie Anfragen und Anträge der Fraktion haben jetzt zu einer bindenden Entscheidung des Hamburgischen Obergerverwaltungsgerichts geführt. Und die sieht vor, dass die **Eigentümerin nach unsäglichen Jahren der Verzögerung dazu verdonnert ist, die Metallkonstruktion zu sichern**. Sollte wiederum nichts passieren, droht eine sogenannte Ersatzvornahme, d.h., dass die Behörden die Sicherung vornehmen und die Kosten der Eigentümerin in Rechnung stellen würde. Gerettet ist die Schilleroper und deren denkmalgerechte Wiederherstellung damit noch lange nicht. Eine rechtliche Prüfung der Vergesellschaftung des Areals ist nach rund zehnjährigem, bisher erfolglosen Kampf mehr als überfällig. Mehr dazu in der Presseerklärung der Kulturbehörde vom 2. April.

Kleine Plakat- und Veranstaltungsoffensive der Hamburger Linksfraktion (Fotos: M. Joho)

Was Militarisierung für Beschäftigte & Patient*innen bedeutet, darum geht es auf einer Veranstaltung der Linksfraktion am **Dienstag, den 14. April**, ab 18.00 Uhr im Hamburger Rathaus (Raum 151). Das Plakat unten links spricht Bände und gibt den Leser*innen den Rest ...

Teilzeitarbeit als lässiger Lifestyle? Zahnleistungen aus der gesetzlichen Krankenkasse streichen? Vollsanktionen im Bürgergeld? Unfälle auf dem Weg zur Arbeit unverversichert? Krankschreibung per Telefon wieder abschaffen? Weg mit dem 8-Stunden-Tag? Die ständigen Angriffe von CDU und SPD auf Lohnabhängige und ihre hart erkämpften Rechte klingen manchmal wie ein schlechter Fiebertraum. Forderungen aus der Bundesregierung und ihrem politischen Umfeld angesiedelten Lobbygruppen erinnern dabei stark an die Rhetorik der US-Regierung unter Donald Trump und seiner MAGA-Shitshow. **Wie uns SPD und CDU den Sozialabbau verkaufen** und was können wir dem entgegenzusetzen, darum geht's auf einer **Veranstaltung der Linksfraktion am Donnerstag, den 16. April**, um 18.30 Uhr im Kaisersaal des Rathauses. Zusammen mit **Helena Steinhaus**, der Gründerin von Sanktionsfrei e.V., dem Autor und Satiriker **Jean-Philippe Kindler** und unserer sozialpolitischen Sprecherin **Olga Fritzsche** nehmen wir die sozialpolitischen Märchen und



Lügendgeschichten von CDU und SPD auseinander. Ihr seid herzlich eingeladen, mitzumachen.

Zum wiederholten Mal, genau genommen seit 2011, führt das **Bündnis Hamburger Deserteursdenkmal** alljährlich im April eine **Gedenkveranstaltung durch, die den letzten Opfern der Hinrichtungskommandos im Zweiten Weltkrieg am Wehrmachtsstandort Höltigbaum gewidmet** war und ist. »Opfer waren meist junge Soldaten, die den Krieg nicht mehr mitmachen wollten: Deserteure und Wehrkraftzersetzer«, wie der Mitorganisator René Senenko ausführt. Der Kulturverein Olmo e.V. lädt nun zum diesjährigen Gedenken am Höltigbaum (Sieker Landstraße/ Ecker Neuer Höltigbaum) ein, und zwar für **Samstag, den 18. April**, 13.00 Uhr. René Senenko: »Hajo Klier erläutert seine Umgestaltungsidee, um aus der jetzigen Stätte einen würdigeren Gedenkort zu schaffen, der den 330 Opfern mehr gerecht wird als der jetzige Zustand.« Aber wie hinkommen? Mit dem Bus 462 ab Busbahnhof Rahlstedt bis zur Endhaltestelle »Naturschutzgebiet Höltigbaum«. Von dort bis zum Gedenkort sind es ca. 3 Fußminuten. Mehr unter www.olmo.de.



» Was gibt es besseres als einen Krieg zu verraten? «

Sa, 18. April 2026, 13:00
Gedenken am Höltigbaum

Ort: Gedenkort Sieker Landstraße / Ecke Neuer Höltigbaum + Bus 29 ab Bf. Rahlstedt bis Haltestelle "Naturschutzgebiet Höltigbaum" + Blumen nicht vergessen!

www.feindbeguenstigung.de

Für denselben Tag, also für **Samstag, den 18. April**, ruft das **Bündnis »Erneuerbare Energien verteidigen«** auf zu vier **Großdemonstrationen in Berlin, Köln, München und Hamburg**. Und das sagen die Organisator*innen aus dem umwelt- und klimapolitischen Zusammenhang: »Die Pläne aus dem Wirtschaftsministerium bremsen den Ausbau der Erneuerbaren und gefährden eine Energiezukunft, die sauber, sicher und bezahlbar ist. Gerade in Zeiten von Kriegen, Krisen und heftigen Preissprüngen zeigt sich: Öl und Gas machen uns abhängig und erpressbar. Erneuerbare Energien schützen Verbraucher*innen vor fossilen Kostenfallen, stärken unsere Unabhängigkeit und sind die beste Antwort auf



die Klimakrise. Eskalierende Energiepreise, geopolitische Krisen und autoritäre Regime zeigen uns, wie riskant fossile Energien sind. Öl und Gas treiben die Kosten hoch und machen Deutschland verwundbar. Erneuerbare Energien stehen für Versorgungssicherheit, stabile Preise und mehr demokratische Kontrolle über unsere Energieversorgung. **Was wir fordern:** mehr Tempo beim Ausbau von Sonne- und Windkraft; schnell mehr Verteilnetze und Speicher und eine Digitalisierung der Stromnetze; eine starke europäische Energiewende-Industrie; weniger Steuern auf Strom für alle und günstigeren Strom für Wärmepumpen; soziale Förderung und Mieter*innenschutz für bezahlbares, klimafreundliches Heizen. Wir sagen Nein zu Rückschritten – und Ja zu einer Energiewende, die schneller, gerechter und bezahlbar für alle wird« (<https://erneuerbare-energien-verteidigen.de/>). Die Demo in Hamburg startet um 12.00 Uhr auf dem Jungfernstieg (siehe auch das Plakat auf Titelseite).

An die – immerhin gesetzlich verbrieft – These, alle Menschen seien vor dem Gesetz gleich, glaubt wohl nur ein Teil der Gesellschaft. Vielleicht eben so viele oder gar noch mehr neigen eher zu einer anderen Auffassung. Wie auch immer, am **Donnerstag, den 23. April**, wird zu dieser Thematik Tacheles geredet, und zwar auf der



Von der Homepage der Evangelischen Akademie der Nordkirche

14. Konferenz zur sozialen Spaltung, einem gemeinsamen Projekt der AG Soziales, bestehend aus kirchlichen und zivilgesellschaftlichen Gruppen, in diesem Fall unter Einbeziehung der Buccerius Law School und des Hamburgischen Anwaltsvereins. Die von 9.30 bis 17.00 Uhr im Gewerkschaftshaus (Besenbinderhof 57a) stattfindende Konferenz wird konkret die Frage **Wer bekommt Recht, wer nicht? Gleichheitsversprechen und soziale Realität** bearbeiten. Stellung nehmen werden Expert*innen aus Wissenschaft, Justiz, Sozialsektor und Politik, darunter Hamburgs Justizsenatorin Anna Gallina. Mehr [Infos](#) hier.

Am **Samstag, den 25. April**, führt der **Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)** wieder eine **Picknick-Demo auf der Langen Reihe – ein Breakfast in Green** – durch. Von 10.00 bis 14.00 Uhr wird es dafür eine Straßensperrung auf der Höhe der Räume des BUND Hamburg (Lange Reihe 29) geben. »Wir sagen der stetigen Flächenversiegelung den Kampf an und verwandeln die graue Asphaltlandschaft unter dem **Motto »Lebenswerte Stadt in ein bunteres Grün«**, so der O-Ton des BUND. Diese »interaktive Demo mit Musik und Spaß« läuft umso besser, je mehr Menschen mitmachen, eine Picknickdecke und Essen mitbringen, vielleicht auch eine Yogamatte, sich grün anziehen und Pflanzen für den Pflanzentauschmarkt oder als Deko präsentieren.



Am **Dienstag, den 5. Mai**, findet eine weitere Demonstration gegen das unzureichende Behindertengleichstellungsgesetz (BGG) unter der Parole **Gemeinsam Laut sein! Barrierefreiheit jetzt** statt. Organisiert wird die Veranstaltung von der Gruppe **Sit'n Skate. Destroying**

Stereotypes anlässlich des Europäischen Protesttags zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung. »Inhaltlich«, so der Recht-auf-Stadt-Kommentar, »richtet sich der Protest gegen eine Politik, die Barrierefreiheit weiter verzögert und gegen die aktuelle Reform des BGG, die Barrieren eher absichert als konsequent abbaut. Wir fordern verbindliche Barrierefreiheit, echte Rechte und Teilhabe statt Ausnahmen, Ausreden und Verschiebungen.« Die Demo startet um 17.00 Uhr im Arrivatipark (Beim Grünen Jäger 13) und endet gegen 19.15 Uhr auf dem Spielbudenplatz. Die Veranstaltung wird mit Gebärdensprachdolmetschung begleitet. [Hier](#) weitere Infos.



Trotz der seit 2009 gültigen UN-Behindertenrechtskonvention ist Inklusion vielfach nur ein Versprechen auf Papier. Am 5. Mai wird dagegen protestiert, europaweit (www.sitnskate.de/termine/5-mai-demo-hamburg)

Aktionscamp gegen Obdachlosigkeit

Von Michael Joho

Statt endlich auch nur ansatzweise Maßnahmen anzugehen, die dazu beitragen könnten, die in Aussicht gestellte Überwindung der Obdach- und Wohnungslosigkeit in unserer Stadt bis 2030 zu erreichen, vermehren sich die Zahl und das Elend der Betroffenen auf den Straßen deutlich. Auf dieses krasse Missverhältnis von Versprechungen und Realität aufmerksam zu machen, das hatte sich das »Bündnis Solidarität statt Ausgrenzung« vorgenommen. Vom 31. März bis zum 5. April veranstaltete es auf dem Gerhart-Hauptman-Platz ein »Aktionscamp gegen Obdachlosigkeit«. Aufgestellt waren dafür größere und kleinere Zelte, die auch tatsächlich genutzt wurden, insbesondere auch, weil zu Ende März das sogenannte Winternotprogramm ausgelaufen ist und die zusätzlich geschaffenen Übernachtungskapazitäten wieder aufgelöst worden waren.

»Die Straße ist kein Zuhause« – so das Motto der Aktion – prangte in Form eines großen Transparents über dem Platz und war auch auf zahlreichen Klebern zu sehen. In verschiedenen Diskussionsrunden wurde das Thema beleuchtet, Betroffene, Expert*innen, Sozialarbeiter*innen und Interessierte tauschten sich über die Situation und nötige Veränderungen aus. Ein Schwerpunkt war dabei die Forderung nach »Housing first«, einem in den nordischen Ländern (vor allem in Finnland) bereits erfolgreich praktizierten Modell, das die Grundidee beherzigt: erst eine sichere, eigene Wohnung, alles andere folgt dann. Einigkeit bestand bei den Aktiven darin, gegen das Auslaufen des Winternotprogramms nicht nur zu protestieren, sondern die Kritik an der unzureichenden Sozial- und Wohnungspolitik mit praktischer Solidarität zu verbinden: Diskussion und Infos neben Übernachtungszelten und Versorgung für fast eine Woche.

Am 1. April hatten neben den Betreiber*innen des Aktionscamps auch Vertreter*innen der Initiative »Solidarisches St. Georg – Ein Viertel für alle« sowie des alternativen Einwohner*innenvereins St. Georg dazu gesellt und eine eigene kleine Kundgebung durchgeführt. Bekanntlich ist das Hauptbahnhofviertel besonders stark mit Erscheinungen der Armut und der Obdachlosigkeit in Hamburg konfrontiert. Neben einigen Reden wurden auch 25 Pappen ausgelegt, als symbolischer Ausdruck für das mehr oder weniger schutzlose Schlafen – das Plattendachen – auf der Straße.

Wir danken Hendrik Heidbüchel von der Initiative »Solidarisches St. Georg – Ein Viertel für alle« für die Überlassung seines nachfolgend aufgenommenen Redemanuskripts.

Aktionscamp gegen Obdachlosigkeit und für reichlich mehr Plätze im Housing-First-Programm auf dem Gerhart-Hauptmann-Platz vom 31. März bis 5. April (Fotos: M. Joho)



Denn »die im Dunkeln sieht man nicht« – Plakat des Bündnisses gegen Obdachlosigkeit



Im Gedenken an 25 verstorbene Obdachlose

Von Hendrik Heidbüchel

In Hamburg sind in diesem Jahr bisher mindestens 25 wohnungs- und obdachlose Menschen verstorben. 25 Menschen mit Wünschen und Träumen. 25 Menschen, die ein besseres Leben und eine sichere Zukunft verdient hätten. Dieser Ort, an dem ihr grade steht, soll einen Raum schaffen, an dem den Verstorbenen gedacht werden kann.

Obdachlose sterben oft leise. Todesfälle erregen kaum Aufmerksamkeit. Die Menschen hinter den Zahlen bleiben meist unsichtbar. Viele Menschen stumpfen ab. Ein wirklicher Aufschrei darüber, dass in der Stadt mit der höchsten Millionärsdichte Deutschlands Menschen auf der Straße ihr Leben verlieren, findet nicht statt.



Hendrik Heidbüchel bei seiner kurzen, hier dokumentierten Rede

Wir möchten nicht nur gedenken, sondern auch Aufmerksamkeit für die strukturellen Bedingungen und Ursachen schaffen, die jedes Jahr dazu führen, dass obdachlose Menschen erfrieren, in Notunterkünften zusammenbrechen oder in Krankenhäusern an den Folgen von Kälte versterben. Wie kann es sein, dass die Hamburger Politik es nicht schafft, die Todesfälle zu verhindern?

Die Toten sind keine Einzelfälle. Sie sind das Ergebnis einer Politik, die Armut zum individuellen Problem erklärt und die hilfsbedürftige Menschen zunehmend mit ordnungspolitischen Maßnahmen kriminalisiert. Statt die Sozialarbeit auszubauen und alle Kraft auf die Versorgung mit Wohnraum zu setzen, sollen Obdachlose aus dem öffentlichen Sichtfeld gedrängt werden. Im öffentlichen Diskurs werden obdachlose Menschen zu gemeingefährlichen Straftäter*innen stilisiert.

Um die lebensgefährlichen Bedingungen, unter denen die Menschen auf den Straßen leiden, geht es fast nie. Im Winter verlässt sich der Senat darauf, dass der ehrenamtlich betriebene Kältebus dort einspringt, wo man selbst versagt. Das Winternotprogramm ist bis auf einige Ausnahmen nicht

ganztägig geöffnet und wird am 31. März bis zum Beginn des nächsten Winters abgeschaltet. Auch im April gibt es Nächte, in denen die Temperatur bis unter den Gefrierpunkt fällt. Wo sollen die Menschen hin? Wer schützt sie vor der Kälte? Die bestehenden Hilfsstrukturen sind nicht ausreichend, um alle Menschen auf der Straße zu schützen.

Noch vor drei (!) Jahren hat sich die Hamburgische Bürgerschaft die »Überwindung der Obdach- und Wohnungslosigkeit bis 2030« zum Ziel gesetzt. Stattdessen hat sich die Zahl der Menschen, die auf der Straße leben, innerhalb von sechs Jahren verdoppelt. Diese Entwicklung lässt sich nur durch entschiedenen Ausbau des Housing-First-Programms, eine Verbesserung des Winternotprogramms und einen deutlichen Ausbau fachlich kompetenter Straßensozialarbeit stoppen.

Wir unterstützen das Camp und sind solidarisch mit politischen und sozialen Bewegungen, die sich für die Menschen auf der Straße stark machen. Obdachlosigkeit ist kein Selbstverschulden, sondern ein strukturelles und politisches Problem. Wohnen ist ein Grundrecht!



Symbolisches »Plattmachen«: 25 Kartonagen für 25 gestorbene Obdachlose

Zum Jahrestag der Befreiung von Faschismus und Krieg am 8. Mai

Wie dem Plakat vorne zu entnehmen ist, wird Hamburgs antifaschistisch-demokratische Bewegung am Freitag, den 8. Mai, wieder auf die Straße gehen, um an die Zerschlagung des Faschismus und das Ende des Zweiten Weltkrieges am 8. Mai 1945 zu erinnern. Dies ist wichtiger denn je, wie der Blick auf das Wiedererstarken rechter und rechtster Kräfte in Europa und den USA und die zunehmende Relativierung und Ver-

harmlosung des Nationalsozialismus belegt. Erinnert sei nur an den ehemaligen Partei- und Fraktionschef der AfD, Alexander Gauland, der im Juni 2018 den unglaublichen Satz formulierte: »Hitler und die Nazis sind nur ein Vogelschiss in über 1.000 Jahren erfolgreicher deutscher Geschichte«. Wir setzen dem entgegen, was die überlebenden Häftlinge des KZ Buchenwald am 19. April 1945 sich und der Welt schworen:

»Wir schwören deshalb vor aller Welt auf diesem Appellplatz, an dieser Stätte des faschistischen Grauens: Wir stellen den Kampf erst ein, wenn auch der letzte Schuldige vor den Richtern der Völker steht! Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel. Das sind wir unseren gemordeten Kameraden, ihren Angehörigen schuldig.«

Und wir beharren darauf, den 8. Mai zum Feiertag in Hamburg zu machen, so wie er auch andernorts gewürdigt und begangen wird. Siehe dazu auch unseren *Kulturtip* am Ende dieser Ausgabe.

Die Demonstration des Bündnisses aus VVN und Auschwitzkomitee, der Hamburger LINKEN und den Jusos in der SPD sowie etlichen anderen zivilgesellschaftlichen Gruppen startet am 8. Mai um 16.00 Uhr auf dem Jungfernstieg und

mündet gegen 17.30 Uhr in einem »Befreiungsfest« auf dem Rathausmarkt. Sprechen werden dort u.a. Vertreter*innen des »Bündnisses 8. Mai«, der Initiative »Berufsverbote 2.0«, des Schulstreikbündnisses gegen die Wehrpflicht und Tanja Chawla vom DGB Hamburg. Das Bühnenprogramm sieht zudem Auftritte von verschiedenen Musikgruppen vor.

Wir dokumentieren nachfolgend den

Aufruf des Bündnisses:

8. Mai 1945 – Tag der Befreiung Chance für Frieden und Demokratie in Europa

Für die überlebenden Verfolgten und Widerstandskämpfer:innen war der 8. Mai 1945 die »Morgenröte der Menschheit, wie der als Jude und Kommunist verfolgte Résistance Kämpfer Peter Gingold es ausdrückte. Die offizielle Sicht blieb indessen noch Jahrzehnte die der Nazis, der Deutschen Nationalen, der »Frontkämpfer«, der Profiteur*innen und Mitläufer*innen: sie sprachen von Zusammenbruch, Kapitulation und Besatzern. Für uns Nachgeborene sind und bleiben die alliierten Streitkräfte, unter denen die Rote Armee mit Abstand die größte Last des Krieges in Europa zu tragen hatte, auch unsere Befreier:innen. Mit besonderer Dankbarkeit erinnern wir an den Beitrag, den der deutsche antifaschistische Widerstand dazu geleistet hat.

Heute, nachdem es kaum noch überlebende »Zeitzeug:innen« gibt, hat Geschichtsrevisionismus – von Relativierung bis gar zur Heroisierung der deutschen Vergangenheit – Konjunktur. Mit unserem Fest am 8. Mai wollen wir die Befreiung von Nazi-Terror, Vernichtungskrieg und Völkermord als Grundlagen für ein Leben in Frieden, Freiheit und Vielfalt feiern und zugleich deutlich machen, wie notwendig es ist, diese Errungenschaften zu verteidigen.

Nie wieder Faschismus!

Derzeit erleben wir eine drastische gesellschaftliche Rechtsentwicklung. Die AfD liegt in den aktuellen Umfragen bundesweit bei rund 25%. Doch rechte Politik geht nicht nur vom äußeren Rand der Gesellschaft und der AfD aus. Auch wenn die extreme Rechte die Grenze des Sagbaren immer weiter verschiebt, setzen die regierenden Parteien die Forderungen willentlich um. Ein massiver Sozialabbau wird konsequent vorangetrieben, während erkämpfte Grundrechte zunehmend angegriffen werden. Die GEAS-Reform stellt nur die Spitze des Eisbergs einer immer menschenfeindlicheren Politik dar. Die Meinungsfreiheit wird weiter eingeschränkt, Antifaschismus kriminalisiert und mit dem geplanten Gesetz zur Regelanfrage im öffentlichen Dienst drohen erneut Berufsverbote. Es zeichnet sich ein immer autoritärer werdender Staat ab, der die Interessen einiger weniger durchsetzt.

Nie wieder Krieg!

Weltweit nehmen Verteilungskriege zwischen den Großmächten zu. Das sehen wir aktuell in Lateinamerika, Afrika, im Nahen Osten, in Europa und im Südchinesischen Meer. Zur Sicherung von Handelsrouten, Absatzmärkte und Ressourcen

wird immer mehr auf Krieg gesetzt. Als drittgrößte Volkswirtschaft will Deutschland immer mehr Einfluss gewinnen. In diesem Zusammenhang wird in schnellem Tempo aufgerüstet. Mehr als 500 Milliarden Sondervermögen stehen für Militärausgaben bereit. Unternehmen wie Rheinmetall machen Milliarden Gewinne. Die Zunahme der militärischen Produktion geht einher mit einer umfassenden Militarisierung der gesamten Gesellschaft: Von der Wiedereinführung der Wehrpflicht, über den Angriff auf die Zivilklausel bis zu zivilmilitärischer Zusammenarbeit wie bei Red Storm Alpha bis Charly. Bezahlt wird das mit dem Abbau des Sozialstaats: Kürzungen in Bildung, Gesundheit und ziviler Infrastruktur. Wir als breite Bevölkerung sind die Leidtragenden dieser massiven Aufrüstung. Wer sich dagegen stellt, hat mit Repressionen zu kämpfen. Vor diesem Hintergrund stellen wir uns der Rechtsentwicklung ebenso entgegen wie der Aufrüstung und Militarisierung. Es ist unsere Aufgabe, den weiteren Aufstieg der AfD und anderer rechter Kräfte zu verhindern. Wir stehen dabei an der Seite all derer, die stigmatisiert und ausgegrenzt werden. Dem zunehmenden Rassismus, der Queerfeindlichkeit, dem Antisemitismus und allen weiteren Formen der Men-

scheneindlichkeit widersetzen wir uns mit aller Kraft. Als Bündnis stehen wir für eine Stärkung des Völkerrechts und internationaler Institutionen zur friedlichen Konfliktlösung. Waffenlieferungen in Kriegs- und Krisengebiete sind keine

»Ein Tag, an dem die Befreiung der Menschheit vom NS-Regime gefeiert werden kann. Das ist überfällig seit 8 Jahrzehnten.« (in memoriam Esther Bejarano)

Alternative für diplomatische Lösungen. Jede Nation hat das Recht, über ihr eigenes Schicksal zu bestimmen. Internationale Solidarität bedeutet das Eintreten für diese demokratische Selbstbestimmung und richtet sich gegen Nationalismus und imperiale Einmischung.

Der 8. Mai ein Feiertag!

Wir wollen am 8. Mai an die Hoffnung der Befreiten auf eine Welt ohne Kriege, Elend und Unterdrückung erinnern und diese als Impuls nehmen, weiter an der Schaffung der neuen Welt des Friedens und der Freiheit zu arbeiten, wie es die befreiten Häftlinge von Buchenwald geschworen haben.

Der 8. Mai muss ein Feiertag werden!

»Konkrete Kämpfe, reale Erfolge – Antifaschistischer Widerstand in Hamburg nach 1945«, so lautet der Titel eines (Publikations-) Projekts des Arbeitskreises Neofaschismus der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes-Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) Hamburg. »Es beleuchtet zivilgesellschaftliche, politische und kulturelle Interventionen, mit denen in Hamburg seit dem Ende des Nationalsozialismus neonazistische Aktivitäten, geschichtsrevisionistische Projekte und rechte Raumnahme öffentlich benannt, zurückgedrängt oder verhindert wurden. Im Mittelpunkt stehen konkrete Auseinandersetzungen, ihre Akteur*innen und ihre nachweisbaren gesellschaftlichen Wirkungen.« Ein erster, lesenswerter Bericht über eine geplante und letztlich verhinderte Veranstaltung der rechtsradikalen »Deutschen Volkunion« (DVU) ist jüngst ins Netz gestellt worden: »Nazis raus aus Hamburg! Die Besetzung des Curio-Hauses 1977 als Erfolg antifaschistischen Widerstands« (<https://hamburg.vvn-bda.de/>).



Inge Stolten neu im Hamburger Straßenbild

Auf den Veranstaltungen am 8. Mai wäre Inge Stolten ganz sicher dabei (1921–1993), die aus sozialdemokratischem Elternhaus stammende Antifaschistin, Großnichte von Otto Stolten (Hamburgs erstem SPD-Abgeordneten in der Bürgerschaft ab 1901) und zweite Ehefrau von Axel Eggebrecht. Nun endlich ist zumindest ein Weg nach ihr einbenannt worden; er erstreckt sich zwischen der Ernst-Merck-Straße und dem Ferdinandstor, parallel zu den Gleisen des Hauptbahnhofs. Mit Inge Stolten hat vermutlich die erste Politikerin der in der LINKEN aufgegangenen »Partei des Demokratischen Sozialismus« (PDS) eine Würdigung in Form eines Straßenschildes bekommen. Inge Stolten war von 1991 bis 1993 stellvertretende Vorsitzende der Bundespartei. Wir nehmen nachfolgend einen Text auf, mit dem die Geschichtswerkstatt St. Georg e.V. im Februar 2022 die Einbenennung des o.a. Weges beantragte. Inge Stolten gehörte dem ersten Vorstand des Ende 1990 gegründeten Stadtteil-Geschichtsvereins an.

Inge Stolten ist 1921 in St. Georg geboren worden und in der Koppel aufgewachsen. Sie stammte aus einem sozialdemokratischen Arbeiterhaushalt, spielte hinterm Schauspielhaus, ging auf die Mädchenschule in der Koppel, machte 1939 Abitur, wurde aber wegen »politischer Unzuverlässigkeit« nicht zum Studium zugelassen, absolvierte ab 1940 eine Schauspielausbildung und war danach am Deutschen Schauspielhaus engagiert. Als Gegnerin der Nazis tauchte sie in den letzten Kriegstagen unter, kehrte anlässlich der Kapitulation aber in die Stadt zurück und wurde noch am Tag der Befreiung als Dolmetscherin für die britische Militärregierung in St. Georg tätig. Über diese frühen Jahre hat Inge Stolten etliche Schriften verfasst und sich in Interviews oftmals dieser Zeit erinnert. Nicht zufällig gehörte sie in den ersten beiden Jahren dem Vorstand der St. Georger Geschichtswerkstatt an.

Nach 1945 war Inge Stolten zunächst einige Jahre als Theater- und Film-Schauspielerin engagiert, musste wegen einer schweren Erkrankung ihren Beruf 1956/57 allerdings aufgeben. In diesen Jahren wurde sie beim NWDR Hörspiel- und Synchronsprecherin und war bald eine angesehene, be-



Drei Jahre hat es bis zur Aufstellung des Schildes vis à vis zum Holzdamm gedauert (Foto: M. Joho)

kannte Journalistin für Radio und Fernsehen und publizierte verschiedene Sachbücher. Inge Stolten gehörte damit zu den markantesten demokratischen Persönlichkeiten des westdeutschen Nachkriegs-Journalismus. Bereits 1954 hatte sie den NWDR-Mitbegründer Axel Eggebrecht (1899–1991) kennengelernt, mit dem sie – nach langer Skepsis gegenüber einer Hochzeit – ab 1982 auch verheiratet war. In den letzten Jahren ihres (gemeinsamen) Lebens engagierten sich die beiden in der PDS, um sich damit vor allem gegen »das Überrollen der DDR« und nationalistische Bestrebungen zu engagieren.

Inge Stolten's inzwischen erschlossener, umfangreicher Nachlass befindet sich heute in der Staats- und Universitäts-Bibliothek Carl von Ossietzky. Im »Garten der Frauen« auf dem Ohlsdorfer Friedhof trägt ein Gedenkstein auch ihren Namen. Mit der Einbenennung eines Weges nach Inge Stolten soll dieser aufrechten, kritischen Zeitzeugin an ihrem Geburtsort Hamburg-St. Georg gedacht werden.

Wie tickt die Hamburger Linkspartei?

Wen diese Frage interessiert sollte sich den 25./26. April vormerken, denn an diesem Wochenende tagt der Parteitag der hamburgischen Landesorganisation DIE LINKE im Musiksaal des Gewerkschaftshauses am Besenbinderhof. Infos zum Ablauf, zu Anträgen usw. finden sich [hier](#). Auf den nächsten Seiten findet sich der Leitantrag des Landesvorstandes der Partei, der sicher ein Licht auf dessen politische Schwerpunktsetzung und insbesondere den Zusammenhang von Olympiabewerbung und Stadtpolitik wirft.

Deine Stadt, Deine Stimme, Keine Spiele

Leitantrag des Landesvorstandes der Hamburger LINKEN für den Landesparteitag am 25./26. April 2026

Der Landesparteitag möge beschließen:

»Eine Chance für Alle« – so schreiben es 900 Drohnen im Auf-

trag des Senats bunt in den Abendhimmel über dem Hafen, um für olympische Spiele in Hamburg zu werben. Ein abgehobener Senat wirbt mit unbemannten Flugobjekten für eine abgehobene Idee, die an den realen Bedürfnissen der Menschen völlig vorbei geht.



Foto vom Hamburger Landesparteitag 2025 (von der [Homepage](#))

Für alle diejenigen von uns, die auf dem Boden geblieben sind und an der Seite der Menschen dieser Stadt für eine Verbesserung ihrer konkreten Lebensbedingungen kämpfen wollen, kann diese viele Millionen Euro teure Bewerbungskampagne für die olympischen Spiele nichts anderes sein als die öffentliche Zuschaustellung eines kompletten Desinteresses an den Problemen dieser Stadt.

Die Ungleichheit in der Stadt nimmt zu. Armut vor allem von älteren Menschen wächst in Hamburg dramatisch. Diese Probleme sind massiv. Und sie werden noch zunehmen, denn die Kürzungswelle im Sozial-, Bildungs- und Kulturbereich kommt gerade erst ins Rollen. Und der Senat ist entweder nicht willens oder nicht in der Lage, der Verwahrlosung der öffentlichen Daseinsvorsorge wirksam etwas entgegenzusetzen. Die Hamburger Bezirke stellen fest, dass sie ihre Aufgaben mit den vorhandenen Ressourcen nicht mehr erfüllen können. Bereits kurz nach der Bürgerschaftswahl nahm im März 2025 das Dublin-Zentrum in Rahlstedt seinen Betrieb auf, wo Geflüchteten die ohnehin schon niedrigen Leistungen gestrichen und lediglich ein Schlafplatz, Verpflegung und medizinische Notfallversorgung bereitgestellt werden, während sie ohne weitere soziale oder psychologische Betreuungsangebote ihrer Abschiebung harren. Es gibt in Hamburg kaum angemessene Unterkünfte für queere Geflüchtete. Es fehlen 200 Frauenhausplätze und Sozialwohnungen für Frauen. Ab dem Sommer trommelte Rot-Grün dann gegen eine ambitionierte und sozial gerechte Klimapolitik durch den Hamburger Zukunftsentscheid und verschleppt auch nach dem Erfolg des Volksentscheids die nötigen Maßnahmen noch weiter. Ende des Jahres deckte DIE LINKE dann auch noch auf, dass inzwischen mehr als 1.000 unbearbeitete Anzeigen wegen des Verdachts auf Mietwucher bei den Bezirksämtern aufgelaufen sind.

Gleichzeitig warnen die Hamburger Hochschulen vor dem finanziellen Kollaps. Und während der Senat damit beschäf-

tigt ist, die Straßensozialarbeit zukünftig deutlich repressiver im Umgang mit Obdachlosen auszurichten, sterben allein im 34. Januar 2026 in Hamburg 18 wohnungslose Menschen. Wenige Wochen später nutzt der Finanzsenator einen Tarifabschluss im Öffentlichen Dienst, der für viele Kolleg*innen nicht einmal die Reallohnverluste seit 2019 ausgleichen wird, direkt für die Ankündigung von Haushaltskürzungen im nächsten Jahr. Kürzungen, die die Kinder- und Jugendarbeit bereits jetzt schon zu spüren bekommt. Davon betroffen ist auch die Migrations- und Integrationssozialarbeit, wie kürzlich auf Bundesebene deutlich wurde, mit der Beschränkung der Integrationskurse.

In einer Zeit also, in der Hamburg vor enormen Herausforderungen steht und in vielen Themenfeldern etliche Probleme darauf warten, endlich seitens der Politik mit der erforderlichen Aufmerksamkeit sowie den finanziellen und personellen Ressourcen angegangen zu werden, entscheidet sich der Senat dafür, lieber Millionen in eine Hochglanzwerbekampagne für Olympische Spiele zu stecken, deren Erfolg die Stadt und ihre Menschen Milliarden kosten wird.

Wir sagen daher: Nein zu Olympia!

Denn die Abstimmung am 31. Mai ist keine Abstimmung über ein Ja oder Nein zum Sport. Es geht darum, ob wir es als Bewohner*innen dieser Stadt zulassen wollen, dass Ressourcen, Flächen und politische Aufmerksamkeit von den wirklichen Problemfeldern abgezogen und in ein Megaevent gepumpt werden sollen, von dem am Ende nur wenige profitieren werden. Kinder und Jugendliche, Alleinerziehende, Rentner*innen, Menschen mit wenig Geld, Mieter*innen, marginalisierte oder queere Communities und alle, die auf eine funktionierende öffentliche Infrastruktur angewiesen sind, insbesondere Frauen, Lesben, inter, nichtbinäre, trans* und agender Personen, haben das Nachsehen.

Wie alle anderen Bewerberstädte vor ihr verspricht sich auch Hamburg durch die Spiele einen dauerhaften Wachstumseffekt und wirtschaftlichen Profit. Und wie alle anderen Bewerberstädte vor ihr wird sie dieses Versprechen nicht halten. Der Blick auf vergangene Spiele zeigt: Es wird am Ende im Schnitt doppelt so teuer wie geplant, der Breitensport wird nicht wie erwartet gefördert, und nachhaltig werden nur die deutlich erhöhten Mieten sein. Am Ende ist es das korrupte IOC, das profitiert, nicht die Athlet*innen und schon gar nicht der Breitensport. Alle Risiken verbleiben bei der Ausrichterstadt, das wird vertraglich festgehalten.

Demokratie heißt Mitbestimmung – nicht Werbekampagne

Die Art und Weise, wie der Senat das Projekt vorantreibt, ist selbst Ausdruck eines Demokratiedefizits. Was als Bürgerbeteiligung geframed wird, ist letztlich eine mit Millionen Euro ausgestattete Marketingveranstaltung. In Intranet und Newslettern wirbt der Senat sogar bei den Kolleg*innen des Öffentlichen Dienstes dafür, sich ehrenamtlich für die Bewerbung zu engagieren, während die Aktivist*innen von NOlympia darum kämpfen mussten, ihre Argumente den Hamburger*innen überhaupt präsentieren zu dürfen. Erfolgreich, denn innerhalb von nur drei Wochen wurden fast 20.000 Unterschriften gesammelt und so der Senat dazu gezwungen, dass mit den Wahlunterlagen nicht nur die Werbebotschaften von Senat und der Mehrheit der Bürgerschaftsfraktionen verschickt werden, sondern auch eine Stellungnahme der Kritiker*innen. Insofern hat Innensenator Andy Grote doch recht, wenn er von den »zusätzlichen positiven Kräfte(n), die Olympia freisetzt«, spricht. Nur eben anders, als er sich das vorgestellt hat.

Wohnen ist keine olympische Disziplin

Wohnen ist ein Grundrecht. Und zwar eines, das sich immer weniger Menschen leisten können. In den letzten zehn Jahren sind die Angebotsmieten in Hamburg um über 40% gestiegen. Jedes Jahr fallen mehr Sozialwohnungen aus der Bindung, als neu gebaut werden. Die Menschen warten durchschnittlich

länger als drei Monate auf ihren Wohngeldbescheid, für Mietwucher fühlt sich aktuell niemand wirklich zuständig, und die Bekämpfung von Leerstand und Zweckentfremdung bringt die Bezirksämter jetzt bereits an ihre Kapazitätsgrenzen. Keine Mühen werden gescheut, 15.000 Athlet*innen und Betreuende im olympischen Dorf unterzubringen. Auf Wohnraum für fast 4.000 obdachlose Menschen auf Hamburgs Straßen warten wir vergeblich.

Öffentliche Sportinfrastruktur stärken

Insbesondere in den ärmeren Stadtteilen gibt es Schulen, wo bis zu zwei Drittel der Schüler*innen nach der 4. Klasse kein Seepferdchen haben, denen wir jetzt aber das Schwimmen um Gold schmackhaft machen sollen. Der Senat zeichnet das Bild einer inklusiven Sportstadt mit moderner Infrastruktur. Er verschweigt jedoch, dass zahlreiche der angekündigten Investitionen ohnehin notwendig bis überfällig sind. Sie könnten ohne Olympia schneller, demokratischer und sozial gerecht umgesetzt werden. Andere Investitionen wiederum laufen dem selbst gesteckten Ziel sogar eher entgegen. Wir wollen, dass Menschen gleichberechtigt an allen Aspekten des gesellschaftlichen Lebens teilnehmen können. Zur Bewältigung dieser Aufgabe braucht es keine Leuchttürme, sondern Investitionen in die Infrastruktur unserer Quartiere. Wir brauchen ein umfassendes Sanierungsprogramm für Schul- und Vereinssportstätten, kostenfreie und wohnortnahe Sportangebote für Kinder und Jugendliche, den Ausbau von Parks, Grünflächen und frei zugänglichen Bewegungsräumen sowie eine langfristige Förderung des Breitensports.

Klimagerechtigkeit statt Greenwashing

Der Senat behauptet, die Spiele würden »klimaneutral« geplant. Doch diese Versprechen halten einer nüchternen Prüfung nicht stand. Der Bau neuer Anlagen, umfangreiche Sicherheitsinfrastruktur, zusätzliche Verkehrsströme und insbesondere internationaler Flugverkehr stehen im direkten Widerspruch zu Hamburgs Klimazielen. Eine Stadt, die Klimaneutralität bis 2040 erreichen will und muss, kann nicht gleichzeitig ein Megaevent mit massiver globaler An-



Heike Sudmann, Fraktionsvorsitzende der LINKEN in der Hamburgischen Bürgerschaft



David Stoop, Fraktionsvorsitzender (alle Porträtfotos auf [Homepage](#))



Stephan Jersch, Parlamentarischer Geschäftsführer

reise organisieren und so tun, als ließe sich dies durch Kompensationsprojekte ausgleichen, sondern muss ihre finanziellen Mittel in den sozial-ökologischen Umbau von Wirtschaft und Infrastruktur stecken! Laut Bewerbungskonzept des Senats ist Nachhaltigkeit Grundlage städtischen Handelns. Das Nachhaltigste ist es, sich endlich ernsthaft an die Umsetzung des Hamburger Zukunftsentscheid zu machen.

DIE LINKE sagt Ja zu dieser Stadt und ihren Menschen und kämpft deswegen für ein solidarisches Hamburg. Wir wollen,



dass niemand zwischen Mieten, Heizen und Essen wählen muss. Wir wollen, dass gesundheitliche Versorgung allen offensteht, die sie benötigen. Wir wollen, dass Kita und Schule unsere Kinder befähigen und ermutigen, nicht aussieben. Wir wollen Betriebe mit demokratischer Mitbestimmung und guten Löhnen. Und wir wollen einen öffentlichen Raum, wo sich Menschen wieder begegnen können; wo Kunst, Sport, Kultur und sozialer Austausch stattfinden und die Vereinsamung zurückdrängen. Die Stadt gehört uns allen, holen wir sie uns zurück!

Fraktionsspitze der Linkspartei bestätigt

Übrigens, am 30. März hat die Linksfraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft ihre turnusmäßige Wahl der Fraktionsspitze durchgeführt. Bestätigt wurden Heike Sudmann (63) und David Stoop (45) als erneute Fraktionsvorsitzende, ebenfalls weiterhin in ihrem bisherigen Amt bleiben Stephan Jersch (63) als Parlamentarischer Geschäftsführer und Xenija Melnik (25) als stellvertretende Fraktionsvorsitzende tätig. Wie üblich wird die Fraktion auf dem Landesparteitag Rechenschaft über ihre Bürgerschaftsarbeit seit der Neuwahl 2025 ablegen. Den betreffenden Bericht werden wir im nächsten »Bürger*innenbrief« bringen.

Xenija Melnik, stellvertretende Fraktionsvorsitzende

VSA: Neue Bücher jetzt schon oder bald erhältlich



Joachim Rock
Armut? Abschaffen!
Wege zur Überwindung von Ausgrenzung in einem reichen Land | Fakten, Hintergründe, Vorschläge
160 Seiten | € 14.80
ISBN 978-3-96488-249-3



David Harvey
Marx' »Grundrisse« lesen
Ein Begleiter für Einsteiger und Fortgeschrittene
Aus dem Englischen von Mareike Borger, Leo Koch und Klara Steenken
432 Seiten | € 29.80
ISBN 978-3-96488-187-8



Garnet Alps/Carsten Maaß/Uwe Stoffregen
Gewerkschaft, ja bitte!
Ein Handbuch für Betriebsräte, Vertrauensleute und Aktive | 5. aktualisierte Ausgabe 2026
480 Seiten | Hardcover
viele Abbildungen | € 24.80
ISBN 978-3-96488-250-9



Laura Bremert/Markus Hoppe/Bettina-Johanna Krings/Werner Schmidt (Hrsg.)
Der Betrieb als sozialer Ort im Umbruch
Kollegialität und Solidarität trotz Homeoffice, New Work und Agilität?
184 Seiten | € 16.80
ISBN 978-3-96488-247-9



Ingar Solty
Innere Zeitenwende
Die Militarisierung des Alltags, von Wissenschaft und Kultur | Eine Flugschrift
120 Seiten | € 12.00
ISBN 978-3-96488-259-2

Mehr Informationen zu diesen Titeln und zu zahlreichen weiteren Neuerscheinungen gibt es unter

www.vsa-verlag.de

Kulturipp

Kunst und Kampf gegen das Vergessen

Von Michael Joho

Eine kleine aber feine Ausstellung zeigt die Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH) vom 17. April bis zum 8. Mai. Der Titel der Präsentation: »Esther Bejarano - Kunst und Kampf gegen das Vergessen«. Esther Bejarano (1924–2021) war eine deutsche jüdische Überlebende des Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau. Einige Jahre nach ihrer Befreiung wanderte sie nach Israel aus, kehrte aber zurück in die Bundesrepublik. Hamburg wurde 1960 zu ihrem neuen Dauerdomizil. Sie engagierte sich u.a. in der VVN und in der 2009 gegründeten Rapgruppe Microphone Mafia, 1986 begründete sie das Auschwitz-Komitee, in dem sie bis zuletzt aktiv mitwirkte.

Und so liest sich das auf der [Homepage](#) der Forschungsstelle. »Die kleine Ausstellung zeigt ausgewählte Stücke aus dem Nachlass von Esther Bejarano, der sich seit 2013 im Archiv der FZH befindet. Esther Bejarano



wurde 1924 in Saarlouis geboren und wuchs in einer jüdischen Familie auf. Während der Zeit des Nationalsozialismus wurde sie verfolgt und überlebte das Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau, wo sie im Mädchenorchester spielen musste. Nach dem Krieg lebte sie zunächst in Israel und kehrte später nach Deutschland zurück. Als Musikerin und Zeitzeugin setzte sich Esther Bejarano bis zu ihrem Tod 2021 unermüdlich gegen das Vergessen und für Aufklärung über die NS-Verbrechen ein. Die Exponate repräsentieren ihr großes Engagement in der Arbeit mit Kindern und jungen Erwachsenen sowie durch ihre Musik. Die Ausstellung lädt dazu ein, sich mit Leben und Wirken Esther Bejaranos auseinanderzusetzen und gemeinsam ein Zeichen für Erinnerung und Verantwortung zu setzen.«

Die Ausstellung der Forschungsstelle in Kooperation mit der Bücherhalle Eimsbüttel ist noch bis zum 8. Mai im Foyer des Hamburg-Hauses Eimsbüttel (Doormannsweg 12) zu sehen, der Eintritt ist frei. 🍷

Oben: Esther Bejarano auf der [Website der Hamburger VVN](#)
Links: Von der [Website der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg](#)

Mit diesem Bürger*innenbrief informieren wir regelmäßig über das Parlamentsgeschehen sowie die politischen Auseinandersetzungen in der Stadt, den Bezirken und zu unseren Arbeitsgebieten. Wenn Sie diesen Bürger*innenbrief per E-Mail (in der Regel) monatlich beziehen oder aber nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie an: heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de. Und: Sprechen Sie uns an, wenn Sie unsere Arbeit als Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt: Heike Sudmann, Abgeordnetenbüro Burchardstraße 21, 20095 Hamburg; Stephan Jersch, Abgeordnetenbüro Weidenbaumsweg 19, 21029 Hamburg